

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Das Blatt ist durch seinen Inhalt für das Erzgebirge ein wertvolles Organ. Es enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Ferner enthält es Nachrichten über die Ereignisse im Erzgebirge und in den umliegenden Gegenden. Die Redaktion ist in Aue, Markt 10, zu finden. Fernsprecher-Nr. 1000.

Das Blatt ist durch seinen Inhalt für das Erzgebirge ein wertvolles Organ. Es enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Ferner enthält es Nachrichten über die Ereignisse im Erzgebirge und in den umliegenden Gegenden. Die Redaktion ist in Aue, Markt 10, zu finden. Fernsprecher-Nr. 1000.

Nr. 271

Dienstag, den 21. November 1922

17. Jahrgang

### Das neue Kabinett ohne Sozialdemokratie.

Die an Ueberraschungen so reiche Kabinettbildung des Hamburger Generaldirektors Cuno ist jetzt in ein drittes Stadium getreten, in den Versuch, eine Regierung ohne jede Mitwirkung der Parteien zustande zu bringen. Um diesen Versuch zu verstehen und richtig zu würdigen, muß man sich kurz noch einmal die beiden vorausgegangenen Versuchsstadien vergegenwärtigen.

Zuerst hat Geheimrat Cuno mit den fünf Parteien der Mitte Fühlung genommen in der Absicht, eine Regierung aus Parlamentarier dieser fünf Parteien zusammenzusetzen, ohne daß deshalb feierlich eine feste Regierungskoalition, die „große Koalition“ gebildet werden müßte. Diese Bemühungen scheiterten besanft an den miteinander unvereinbaren Forderungen einzelner Fraktionen. Die Sozialdemokraten verlangten fünf statt vier Minister, mehr Staatssekretäre, Verbleiben ihres Fraktionskollegen Schmidt im Reichswirtschaftsministerium und Ausschaltung vollparteilicher Parlamentarier aus der Kabinettbildung. Das Zentrum forderte umgekehrt die Ausschiffung des Reichswirtschaftsministers Schmidt und die Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die neue Regierung. Die Volkspartei versagte sich, weil sie nicht a la suite der Regierung stehen, sondern vollverantwortlich und gleichberechtigt mit den übrigen Parteien sein wollte. So verblieb die Parteiführerschaft den erhofften Erfolg.

Beim zweiten Versuch war die Mitwirkung und Mitverantwortung der Parteien in der zu bildenden Regierung von vornherein preisgegeben worden. Reichspräsident Ebert hatte die fünf Parteien nur gebeten, wenigstens zuzulassen, daß Mitglieder von ihnen in das neue Kabinett eintraten, wenn sie von Cuno nach freier Auswahl berufen würden. Während die vier „bürgerlichen“ Parteien ihr Einverständnis dazu gaben, befiel sich die Sozialdemokratie zunächst ihre Stellungnahme vor. Die maßgebenden Führer haben dann am Sonntag beschlossen, ihren Fraktionsgenossen Erleichterungen für den Eintritt auch in eine verkleinerte große Koalition nicht zu gewähren. Bei der Mitteilung dieses Beschlusses an den Reichspräsidenten Ebert wurde gleich zu erkennen gegeben, daß am Montag nachmittag von der Gesamtfraktion der S.P.D. keine andere Entscheidung zu erwarten sei. Daraufhin hat sich auf Ersuchen Eberts Geheimrat Cuno sofort entschlossen, den dritten Weg einzuschlagen und ganz ohne vorherige Befragung der Parteien ein „Kabinett der Arbeit“ ohne Sozialdemokraten zu bilden, dieses auf das bekannte Gemeinwohlprogramm der fünf Parteien zu verpflichten und dann mit Programm und neuem Kabinett vor den Reichstag zu treten und die Vertrauensfrage zu stellen. Nach der gegenwärtigen Stimmung der Sozialdemokratie ist anzunehmen, daß sie die Persönlichkeit Cunos wie kein Programm schon vorher gebilligt hatte, daß sie nicht zustimmende Worte, aber wohl blaue Zettel der Stimmenthaltung abgeben werden. Dagegen würden die anderen vier Parteien zweifellos die Vertrauensfrage bejahend beantworten, sobald die neue Regierung eine Ministerregiment darstellen würde, die auf wohlwollende Neutralität der Sozialdemokratie angewiesen wäre.

Gewiß ist diese Lösung keine nach allen Seiten befriedigende. Die große Koalition mit einer von ihr getragenen starken Reichstagsmehrheit wäre erwünschter gewesen! Aber in diesem Reichstag scheint ja nach allen bisherigen Erfahrungen überhaupt keine festgeschlossene Regierungsmehrheit aller arbeitwilligen Parteien möglich zu sein. So muß man sich also mit dem Notbehelf der Minderheitsregierung, die auf Unterstützung der Sozialdemokratie angewiesen ist, abfinden. Indessen, man kann das auch gut tun, denn eine solche Regierung braucht keineswegs ganz schwach oder gar lebensunfähig zu sein. Wenn sie nur entschlossene Männer umfaßt, die jederzeit, so wie jetzt Herr Cuno bereit sind, bei lebenswichtigen Fragen tapfer vor das Parlament zu treten und schärfstens die Vertrauensfrage zu stellen. Wie würde nur dann schwach sein, wenn sie sich bei allen parlamentarischen Schwierigkeiten fortgesetzt in Kompromisse mit den Parteien einlassen sollte. Herr Cuno ist solche Kompromisse nach seinem bisherigen ersten Auftreten wohl kaum zuzutrauen.

Zwei Umstände müssen noch mit aller Schärfe hervorgehoben werden: Die Sozialdemokratie allein trägt die Schuld daran, daß die neue Regierung ohne Sozialdemokraten gebildet werden muß, und die Regierung Cuno ohne Sozialdemokraten ist keine Regierung der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft oder irgend eines anderen Parteibündnisses, sondern ein fest geschlossenes überparteiliches Kabinett des neuen Reichstages. Die Sozialdemokratie hat natürlich die Beteiligung an der Regierungsbildung aus partei-

egoistischen Erwägungen abgelehnt. Sie glaubt in den politischen und wirtschaftlichen Nöten dieses Winters härter dazustehen, wenn sie nicht durch Regierungverantwortung gebunden ist. Aber sie wird in Wirklichkeit auch außerhalb der Regierung ihre Verantwortung gegenüber dem deutschen Volk nicht abstreiten können. Sind sie auch keine Parteiführer an das neue Kabinett, so doch allgemein bürgerliche Berufstätigkeiten, die noch fester als Parteibände sind. Die vier anderen bürgerlichen Parteien gehen ebensowenig, wie die Sozialdemokratie, verantwortliche Bindungen gegenüber Herrn Cuno und seiner Regierung ein. Sie stehen ihr ebenso unabhängig wie die Sozialdemokraten gegenüber, auch wenn der eine oder andere Minister aus ihren Reihen gewählt werden sollte. Schon aus diesem Grunde wäre es völlig verfehlt, von einem antsozialdemokratischen Kabinett Cuno oder gar von einer Regierung des „Bürgerblocks“ zu reden. Aber ein solcher Vorwurf wäre auch unbillig, weil sowohl Cuno wie die anderen vier Parteien immer wieder verlangt und versucht haben, die Sozialdemokratie in die neue Regierung einzubeziehen. Sie haben sich aber selbst ihrem Parteigenossen Ebert gegenüber hartnäckig verweigert. Nunmehr ist in den Schmolzwinkel zurückzugehen oder gar die neue Regierung Cuno ohne Sozialdemokratie bekämpfen, stünde ihr sehr abel an. Man könnte ihr nur erwidern: „Tu 's was du kannst, George Landini!“

**Ende der Sache nach den neuen Männern.**  
Das Kabinett soll noch nicht gebildet sein. Immerhin verläuft, daß bereits bestimmte Persönlichkeiten für die Ministerposten in Aussicht genommen worden sind. Unter den Kandidaten werden folgende Namen genannt: für den Außenminister der deutsche Gesandte in Stockholm, Radolny; Inneres: b. Kardorff; Justiz: Heine; Arbeitsministerium: Brauns; Wirtschaftsministerium: Weinlich, Generaldirektor der Deutschen Werke. Ob diese Namen zutreffen und ob nicht morgen wiederum andere Namen genannt werden, läßt sich heute noch nicht sagen.

### Gesamtinteresse vor Einzelinteresse.

Die Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands sagte zur Note der Reichsregierung an die Reparationskommission folgende Entschliessung:

„Der Zentralvorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands hat in diesen Tagen zu den schwebenden wirtschaftspolitischen Fragen Stellung genommen. Das Ergebnis der Verhandlungen kann dahin zusammengefaßt werden, daß dem Zentralvorstand die Lösung der schwebenden Fragen in dem Sinne der letzten Note der Reichsregierung an die Reparationskommission möglich erscheint.“

Die Zentralarbeitsgemeinschaft stellt sich daher auf den Boden des in der Note enthaltenen Programmes. Sie erklärt sich bereit, die Regierung bei der Durchführung der geplanten Maßnahmen zu unterstützen und ihrerseits alles zu tun, um die deutsche Wirtschaft produktiver zu gestalten. In Anerkennung der Gleichberechtigung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern bei der Behandlung und Lösung von grundlegenden Fragen der Wirtschaft werden wir dahin wirken, daß Mittel und Wege gefunden werden, um die Vorschläge der Reichsregierung im einzelnen durchzuführen. Die Verbände werden sich dabei von dem Grundsatz leiten lassen, daß in der Wirtschaft, ebenso wie in allen Lebensäußerungen eines Volkes, das Gesamtinteresse dem Einzelinteresse vorzugehen muß.“

### Deutsche Antwort an Poincaré.

Der französische Ministerpräsident hat sich in seiner Kammerrede, deren Hauptinhaltlicher Ton ihm das sehr notwendige „Moratorium“ für seine Amtsdauer eingebracht, wieder einmal in der üblichen, ewig unfortschrittlichen Weise über die Wunden der deutschen Finanz- und Wirtschaftspolitik beklagt. Darauf verbreitet das deutsche Telegraphenbüro folgende Erwiderung: Die Zunahme der Gesamtanleihe geht zu einem guten Teile auf die Erfordernisse der Durchführung des Friedensvertrages — Ausgleichsamt mit 5000 Beamten, Viehadlieferungskommission mit 1000 Beamten —, zu einem anderen auf die Uebernahme früherer Landesbeamter in den Reichsdienst zurück. Die Gehälter der Beamten sind nicht nur in Goldmark, sondern auch nach der inneren Kaufkraft ununterbrochen gesunken; ein Beamter, der 1914 ein Gehalt von 7000 Goldmark hatte, bezog nach dem Stände vom Oktober 1922 ein solches von 2200 Reichsmark.

Der Eingang der Steuern wird durch den gegenwärtigen Lohn- und Gehaltsdruck und durch die

Vorschläge beschleunigt, die jeden Steuerpflichtigen auf Grund seiner vorläufigen Veranlagung zahlen muß.

Die „Unzuverlässigkeit“ der deutschen Handelsstatistik wird zugegeben, dabei aber auf die außerordentliche Schwierigkeit zutreffender Ermittlungen hingewiesen, die sich aus den Wertschwankungen des deutschen Geldes ergeben.

Eine Schleichdekonturierung auf dem Weltmarkt hat Deutschland in seinem eigenen Interesse durch möglichste Anpassung der Ausfuhrpreise an die Weltmarktpreise mit Hilfe der Außenhandelskontrolle zu verhüten versucht. Von einer „Wiedereroberung“ des Weltmarktes ist keine Rede; der deutsche Export hat knapp zwei Drittel seines Friedenswertes erreicht.

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland ist verhältnismäßig gering, weil wir Waren im Inlande herstellen müssen, die früher mit Vortell importiert wurden, und weil der Ausfall der Produktion der abgetretenen Gebiete durch vermehrte Arbeit im übrigen Deutschland zu decken sei. Freyerdings nimmt die Arbeitslosigkeit übrigens infolge des wachsenden Betriebskapitalmangels merklich zu.

Die „standalde Prosperität“ der deutschen Industrie ist eine Scheinprosperität. Der durchschnittliche Kurswert der an der Berliner Börse gehandelten Aktien hat im August 1922 nur 3,25 Goldmark betragen, die Durchschnittskursnotende in Goldmark belaufen sich auf nur 1,85 Prozent.

Zur Frage des angeblichen abfälligen Wertes Deutschlands braucht nur auf die Ausfuhrungen von Goucheur im Jahre 1918, vom 13. März 1922 verwiesen zu werden, wo er Kipp und Klar zum Ausdruck bringt, man müsse endlich mit der Legende des bewußten deutschen Bankrotts aufhören. Deutschland sei kein blühendes Land, wenn es schon keine Arbeitslosen habe. Seine „Blüte“ sei nichts als Fassade.

Wenn Poincaré weiter erklärt, die französische Regierung habe mit Rücksicht auf die Gefahr, und um die Lösung in Brüssel zu erleichtern, hinsichtlich der Reparationen von Zwangsmassnahmen abgesehen, so wird man dies in der ganzen Welt als indirektes Eingeständnis dafür aufzufassen haben, daß die Sanctions- und Restriktionspolitik nicht geeignet sei, die Reparationsleistungen zu fördern, sondern sie zu beeinträchtigen.

Schließlich behauptet der französische Ministerpräsident, Deutschland habe niemals den aufrichtigen Wunsch gehabt, seine Reparationspflicht zu begleichen. Demgegenüber kann nur immer wieder auf die feststehende Tatsache hingewiesen werden, daß Deutschland bisher auf Grund des Friedensvertrages an einmaligen und fortlaufenden Leistungen bereits mindestens 41 Milliarden Goldmark gezahlt hat.

### Eröffnung der Laujanner Konferenz

Zur Eröffnung der Konferenz hielt der Bundespräsident der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Bundesrat Haas, eine Ansprache, in der er sagte: Würde die Vorstellung es liegen, daß der griechisch-türkische Krieg der letzte Akt der furchtbaren Tragödie war, die Europa und das angrenzende Asien seit einem Jahrzehnt heimsuchte. In banger Sorge, aber auch voll Vertrauen werden in den kommenden Wochen die Augen der Menschheit nach den Ufern des Genfer Sees gerichtet sein. Das Wohl und Wehe von Völkern und Ländern ist in Ihre Hände gelegt, unendlich groß ist Ihre Verantwortlichkeit, unendlich schwer ist Ihre Aufgabe, denn Sie sind berufen, Probleme zu lösen, deren Wurzeln weit in vergangene Jahrhunderte zurückreichen. Ich fühle mich in dieser Stunde einzig mit Millionen von Menschen, wenn ich nochmals dem heißen Wunsch Ausdruck verleihen, daß es, wenn wir über ein kurzes Weihnachtsfeiern, auf der ganzen Welt Wahrheit werde: Frieden auf Erden!

#### Wichtige Ereignisse.

Die Besprechungen zwischen Lord Curzon, Poincaré und Mussolini wurden fortgesetzt. Nach ihrem Abschluß wurde folgende amtliche Mitteilung ausgeben: Die Herren Poincaré, Lord Curzon und Mussolini haben am Montag vormittag in gleich herzlichem Geiste der Verständigung den Meinungs-austausch abgeschlossen, den sie am Sonntag begonnen hatten. Sie beschäftigten sich auch mit Fragen, welche auf die Organisation der Konferenz und deren Geschäftsreglement Bezug haben.

#### Kleine politische Meldungen.

Der Reichstag trat am 20. November erst um 5 Uhr nachmittags zusammen. Auf der Tagesordnung stand lediglich die Weiterberatung der neuen Geschäftsordnung, die erst bis zum Paragraphen 85 gebildet ist. Trotzdem herrschte im Parlamentgebäude reges Leben, da alle Fraktionen vor Beginn des Plenums Sitzungen abgehalten hatten.

Deutschland begehrt ja! Nachdem der Weg für die von der französischen Besatzungsbehörde bei der Reichsvermögensverwaltung angeforderte Alpenlägerkaserne nach schwierigen Verhandlungen im Stadtrat von Neustadt a. d. Orla endgültig bestimmt worden ist, wird jetzt mit der Errichtung der Kaserne begonnen werden. Die Verwaltung hat die Reichsvermögensverwaltung übernommen, da die Kaserne auf Kosten der